

Rede  
Nr. 272/2023  
Kiel, 14.12.2023

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Mehr bezahlbarer Wohnraum für junge Leute!**

*„Es ist wichtig, die Berufsschulstandorte nicht zu vergessen.“*

Lars Harms zu TOP 17 - Kofinanzierung des Programmes „Junges Wohnen“ sicherstellen (Drs.20/1591)

Zunächst einmal vielen Dank an die SPD-Fraktion für diesen sehr übersichtlichen und konkreten Antrag: Das, was wir hier im Hohen Haus im Frühjahr beschlossen haben, möge doch im Sinne der Finanzierung des Programms „Junges Wohnen“ im Landeshaushalt abgebildet werden. Dazu gibt es von meiner Fraktion die absolute Zustimmung. Mehr noch, eigentlich sollte ein einstimmiger Landtagsbeschluss selbstverständlich auch zeitnah zur Umsetzung kommen und das bedeutet eben auch, dass Beschlüsse mit Geld hinterlegt werden. Meiner Meinung nach eigentlich eine Sache, die hier nicht nochmals auf der Tagesordnung stehen müsste. Aber, da der Landeshaushalt ja gerade jetzt aufgestellt und im Januar beraten werden soll, macht so ein Merkposten ja vielleicht doch Sinn.

Junge Menschen stehen in Bezug auf dem Wohnungsmarkt vor besonderen Herausforderungen. Oftmals stehen sie vor der allerersten Wohnungssuche in ihrem Leben. Dazu kommt, die meisten jungen Menschen haben oftmals ein überschaubares Budget zur Verfügung. Zudem beinhaltet die Wohnungssuche in vielen Fällen auch einen überregionalen Ortswechsel. All diese Faktoren, machen die Suche nicht einfacher. Darüber hinaus müssen wir auch weiterhin feststellen, dass bezahlbarer Wohnraum, auch für junge Menschen bei uns im Land, fehlt. Oder deutlicher gesagt: Es fehlt immer

mehr bezahlbarer Wohnraum bei uns im Land, die Lage spitzt sich zu. Es braucht daher eine Vielzahl an Maßnahmen. Das angesprochene Bundesprogramm ist ganz sicher eine davon.

Ein Punkt ist für uns als SSW besonders wichtig und den möchte ich noch einmal ansprechen.

Schleswig-Holstein hat nicht nur Wohnungsnot für junge Menschen in Universitätsstädten, sondern auch in den Mittelstädten, die für den schulischen Teil der dualen Ausbildung stehen. Daher ist es wichtig, die Berufsschulstandorte nicht zu vergessen. Auch dort brauchen junge Menschen Wohnraum. Und hier gibt es eben einen deutlichen Unterschied bezüglich der Ausgangslage. Seit Jahrzehnten gibt es die Tradition, an Universitäten Wohnheimplätze vorzuhalten. An Berufsschulen sind Wohnheime für Auszubildende eher die Ausnahme, es sei denn, es gibt Blockunterricht für einen Beruf nur an einem Standort. Sollte man sich entscheiden, beispielsweise mit den Mitteln bestehende Studentenwohnheime zu renovieren und auszubauen, hätten Berufsschulstandorte das Nachsehen. Hier gilt es also für Gleichgewicht der Maßnahmen zu sorgen. Schließlich geht es darum, die Maßnahme so breit es geht, zu streuen. Mir ist bewusst, dass das Programm explizit sowohl Studien- als auch Ausbildungsorte beinhaltet. Jedoch liegt es an der Umsetzung, beide Kategorien auch entsprechend gleichwertig zu berücksichtigen. Denn klar ist auch, nur wer in der Nähe der Bildungseinrichtung wohnen kann, kann das Bildungsangebot auch tatsächlich annehmen. Und das gilt insbesondere für die nordfriesischen Standorte, die ja auch für die Inseln und Halligen zuständig sind. Vor diesem Hintergrund bin ich immer noch davon überzeugt, dass eine Ausgewogenheit unbedingt dazu gehören muss, wenn es darum geht, das Bundesprogramm zielgerichtet umzusetzen. Abschließend kann ich feststellen, dass die Situation von jungem Wohnen eben ihre eigenen Besonderheiten hat, wie ich es anfangs schon beschrieben habe. Die Fluktuation in den angesprochenen Wohnheimen ist groß, die Abnutzung ebenfalls. Großen Profit sucht man in diesem Zusammenhang vergebens. Für uns als SSW ist daher klar, dass wir als Politik hier mehr nachsteuern müssen.

Schon bei der heutigen Debatte wird deutlich, dass der Startschuss des Programms schon lange gefallen ist. Bis 2027 erwarte ich von der Landesregierung, dass sie alles unternimmt, damit dieses Programm komplett ausgeschöpft wird. Wir als SSW sind gerne dazu bereit, uns konstruktiv und pragmatisch daran zu beteiligen, dass die Umsetzung dieses Programms ein nachhaltiger Erfolg wird.